

Antragsteller: Bezirksvorstand

Weitere Qualifizierungen ermöglichen. Perspektiven schaffen- neue Wege in der Fort- und Weiterbildung gehen!

Wir wollen mit diesem Antrag die jungsozialistischen Diskussionen um die Zukunft der beruflichen Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen erweitern bzw. neu wieder aufgreifen. Die Bildungsdiskussion der Jusos darf sich dabei nicht auf die Bereiche Schule und Studium beschränken, sondern muss durch unseren gesamtgesellschaftlichen Anspruch auch den Bereich der beruflichen Fort- und Weiterbildung umfassen.

Auch wenn **wir** unser Bildungsverständnis erweitern, bleiben die Grundsätze unseres jungsozialistischen Bildungsverständnisses bestehen: Bildung ist ein Menschenrecht und muss allen kostenlos zur Verfügung, Zugangshürden gilt es abzubauen. Bildung und Fort- sowie Weiterbildung trägt zur Emanzipation und Selbstverwirklichung bei. Unser Ziel ist und bleibt das selbstbestimmte Leben, das es Menschen ermöglichen soll, möglichst viel Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung in ihren Arbeitsverhältnissen als abhängig Beschäftigte durchzusetzen.

Wir wollen mit diesem Antrag erste inhaltliche Bausteine skizzieren, die die Grundlage der weiteren inhaltlichen Arbeit darstellen. Unser langfristiges Ziel ist die **Arbeitsversicherung**.

Grundlage dieses Antrages sind die Ergebnisse der Projekttreffen der Bezirksprojekte Wirtschaft/ Soziales, die allen offen standen. Darüber hinaus entstand dieser Antrag durch den inhaltlichen Austausch mit uns Jusos nahe stehenden gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften und Sozialverbänden. Auch deshalb erhebt dieser Antrag Anspruch auf gesamtgesellschaftliche Gestaltung,

ArbeitnehmerInnen im Wandel der Erwerbsarbeit

Unsere Arbeitswelt befindet sich im Wandel, sodass die klassische Erwerbsbiografie, wonach ArbeitnehmerInnen 40 Jahre in einem Betrieb tätig ist, von der Zeit überholt wurde. Daraus resultieren unter anderem unstete Erwerbsbiographien, der Ausbau des Niedriglohnssektors, prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie zunehmender Druck auf ArbeitnehmerInnen. Mittlerweile haben nach einer Befragung der Friedrich-Ebert-Stiftung **63 % der Befragten** Angst um ihre Zukunft, wobei die Angst vor Arbeitslosigkeit bei allen Befragten die größte Relevanz hat. Darüber hinaus versuchen zahlreiche Unternehmen, durch Absatzsteigerungen und Kostensenkungen ihre Renditen zu steigern. Bis zum Ausbruch der globalen Finanzkrise im Herbst 2008 befand sich das neoliberale Gedankengut in einer führenden Stellung, da den Forderungen nach Deregulierung und Flexibilisierung weitgehend bedingungslos gefolgt wurde.

Der finanzgetriebene Kapitalismus übt(e) Druck auf die Erwerbstätigen aus, der sich in Form von einer Verlängerung der Arbeitszeit, höheren Aufgabenbelastungen, Lohnkürzungen sowie der Streichung von Zusatzleistungen wie dem Weihnachtsgeld zeigte.

Des Weiteren wirken sich die Veränderungen unserer Arbeitswelt auf die Qualifikationen der ArbeitnehmerInnen aus, weil diese durch die schnellere Änderung der Produktionsabläufe, verstärkten wissensintensiven Dienstleistungen sowie dem häufigeren Wechsel des Arbeitsplatzes stärker als früher gefordert werden. In diesem Zusammenhang erhalten Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen eine höhere Bedeutung als noch vor zehn Jahren. Deshalb hat berufliche Weiterbildung in unserer heutigen Arbeitswelt eine zentrale Rolle. Dennoch muss festgestellt werden, dass die bisher angebotenen Weiterbildungsmaßnahmen nicht ausreichen, um die Ansprüche von ArbeitnehmerInnen zu genügen. Faktisch werden Männer häufiger als Frauen weitergebildet, Jüngere häufiger als Ältere, Besserverdienende häufiger als Menschen mit niedrigem Einkommen. Deshalb sind die Weiterbildungsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft ungerecht verteilt.

Dies kann einer Politik, die sich der **Würde des Menschen sowie der gesellschaftlichen und sozialen Teilhabe** verpflichtet fühlt, nicht egal sein. Wir Jusos sprechen uns für einen deutlichen Ausbau der (beruflichen) Weiterbildung aus, wobei dies auch den Bereich der immatriellen Arbeit umfassen muss. Lebenslanges Lernen muss gesellschaftliche Realität werden! Hierbei gilt für uns Jusos der Grundsatz: **alle müssen können dürfen** und (berufliche) Weiterbildung darf nicht an Bildungshürden wie Gebühren oder Ablehnung des Bildungsurlaubes scheitern. In diesem Zusammenhang begrüßen wir als ersten Schritt ausdrücklich das von der SPD vertretene Recht, den Hauptschulabschluss nachholen zu dürfen. Es gilt, diesen Ansatz weiterzuentwickeln!

Die folgenden Aspekte können erste Schritte auf dem Weg zum Ausbau der beruflichen Weiterbildung sein. **Unser Weg**, für den wir um gesellschaftliche Zustimmung werben, sei hier kurz skizziert. Wir betrachten diese Punkte als **Bausteine auf dem Weg zur Arbeitsversicherung**, die es als erste Ansätze **kurz- und mittelfristig** umzusetzen gilt.

Organisation:

Zur Verbesserung der Transparenz sollte ein bundesweites Weiterbildungs- und Datenbanksystem aufgebaut werden, das alles zugänglich ist und durch trägerübergreifende Beratungsstellen auf regionaler Ebene ergänzt wird. Dies würde zur Transparenz des Weiterbildungsangebotes und zur individuellen Entscheidungsfindung beitragen. Um diese Transparenz auch in der Öffentlichkeit zu vertreten, sollte es mindestens einmal im Jahr eine betriebliche Information geben, die die Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und mögliche Bildungsangebote beinhaltet. So wird das lebenslange Lernen eines jeden Individuums gewährleistet.

Träger:

Die Weiterbildung ist jedoch NICHT die Aufgabe der Wirtschaft; sie sollte von öffentlichen Trägern angeboten werden- Bildung ist eine zentrale Aufgabe des Staates und v.a. der Länder.

Träger der beruflichen Weiterbildung, die sich aus einem 2-Träger-Modell aus der Regierung

einerseits und der Bundesagentur für Arbeit andererseits zusammensetzen, sollen sich künftig einem Präqualifikationssystem unterwerfen, um Mindeststandards zu sichern. Etwa bei der Ausstattung mit Lernmitteln an öffentlichen Schulen, der Einbindung des Trägers in den örtlichen Arbeitsmarkt, einer weiter ausgebauten Finanzierungshilfe für (schulische) Ausbildungen und v.a. für qualifiziertes Personal, das nach tariflichen Regelungen bezahlt wird. Diese Mindestmaßnahmen müssen regelmäßig geprüft und ihre Wirksamkeit evaluiert werden. Desweiteren wird eine Zusammenarbeit von DGB, BDI und Handwerkskammern vorausgesetzt, um eine bessere Koordination eines weitgefächerten Bildungsangebotes für jeden Berufssektor zu garantieren und so das Kursangebot zu optimieren. Die Vernetzung der Weiterbildungsträger sollte verstärkt werden, um die regionale Bedarfsermittlung und Abstimmung des Bildungsangebots unter Qualitätsaspekten zu erleichtern. Es müssen anerkannte Qualifikationsstandards entwickelt werden, die den Wert einer beruflichen Weiterbildung unabhängiger von der aktuellen Produktpalette, von dem einzelnen Unternehmen, sowie von der jeweiligen Arbeitsmarktstuation machen.

Finanzierung:

Die Finanzierung von Weiterbildung muss solidarisch auf der Grundlage des Sozialversicherungsprinzips zu stattfinden. Die Beiträge sind paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu entrichten, um eine angemessene Beteiligung der Wirtschaft sicherzustellen. Die Zusammenarbeit der Weiterbildungsträger mit Unternehmen zum Zweck der Qualitätssteigerung ist grundsätzlich zu befürworten. Auch ist eine Abstimmung mit den Inhalten der Dualen Ausbildung anzustreben. Unternehmen sollen das Recht haben, auf inhaltliche Defizite in der Weiterbildung hinzuweisen. Allerdings muss dabei verhindert werden, dass Profitinteressen über die konkreten Inhalte und die Art von Weiterbildungsangeboten bestimmen. Die Entscheidung darüber muss deshalb unabhängig von der Finanzierung sein, was durch das Umlageverfahren sichergestellt ist.

Darüber hinaus muss sich auch die öffentliche Hand mit Steuermitteln an der Weiterbildungsversicherung beteiligen. Es besteht langfristig die Möglichkeit, die Weiterbildungsversicherung in das Konzept der Arbeitsversicherung zu integrieren.

Lebenslanges Lernen individualisieren:

Lebenslanges Lernen muss in einem demokratischen, sozial offenen und durchlässigem Bildungssystem möglich sein. Ein solches Konzept ist Bestandteil des Rechts auf Bildung.

Wir Jusos fordern daher eine Individualisierung der Weiterbildungsmöglichkeiten gerade beim zeitlichen Rahmen. Die derzeitige Regelung von 5 Tagen Weiterbildungsurlaub pro Jahr wird den meisten Arbeitnehmerinnen/n nicht gerecht. Viele Fort- und Weiterbildungen benötigen eine längere Zeit um effektiv zu sein, dieses werden zur Zeit daher von den Arbeitnehmerinnen/n in ihrer Freizeit besucht.

Gerade im Fall der Fortbildung ist dies jedoch nicht immer möglich. So sind Fortbildungswillige

auf die Unterstützung der Familie angewiesen um z.B. die Meisterschule zu besuchen.

Als Zwischenlösung sind jedoch vorerst Pauschalen einzuführen, welche 10 Tage pro Jahr jedoch nicht unterschreiten sollten. Ein Ansparen des Anspruches soll möglich sein.

Später muss dann eine vollkommene Individualisierung erfolgen, sodass gerade Personen die einen Schulabschluss nachholen oder sich beruflich neu orientieren wollen hierbei finanziell unterstützt werden.

Arbeitsversicherung als Perspektive

I. → Arbeitsschwerpunkt im nächsten Jahr